

# AL Info<sup>4</sup> / 22

**3** Moritz Bögli tritt die Nachfolge von Regula Fischer im Gemeinderat an. Im Interview mit Redaktionsmitglied Christina Schiller erzählt er über sich.

**4** Einst machte die SBB günstigen Wohnraum möglich. Heute ragen ihre Luxus-Objekte in den Himmel. Niggi Scherr erläutert die Immobilienstrategie der SBB.

**8** Vorstandsmitglied Lisa Letnansky sagt zwei Mal Nein zu den AHV-Vorlagen und erklärt wieso.

AZB  
CH-8004 Zürich  
Post CH AG

## JA zur AL-Initiative

### **Wir alle müssen unser Einkommen bis zum letzten Rappen versteuern.**

**Grossaktionär:innen dagegen sind privilegiert: Sie müssen ihre Dividenden nur zur Hälfte versteuern. Mit der Initiative «Keine Steuergeschenke für Grossaktionärinnen und Grossaktionäre» wollen wir diese Ungerechtigkeit korrigieren und den Dividendenrabatt reduzieren. Am 25. September stimmen wir ab.**

Eingeführt wurde das Steuerprivileg in Zürich Anfang 2008. Das Szenario erinnert an die Pauschalbesteuerung. Anfänglich kannten sie in der Deutschschweiz nur kleine Tiefsteuer-Kantone, dann wollten alle mitmachen.

Trendsetter beim Dividendenrabatt waren ab 2000 Nidwalden, Obwalden und Appenzell-Innerrhoden, gefolgt von Schaffhausen und Luzern. 2002 griffen die heutigen FDP-Bundesparlamentarier Ruedi Noser und Beat Walti das Anliegen im Kantonsrat auf. 2005 doppelte die heutige SVP-Nationalrätin Barbara Steine-mann mit einer parlamentarischen Initiative nach. Statt des geforderten 80%-Steuerabatts auf Dividenden beschloss der Kantonsrat dann eine Reduktion um 50%. Mit 45.2% Nein-Stimmen hatte das linke Referendum im November 2007 keine Chance. Mit der 2008 hauchdünn angenommenen USR II wurde der Dividendenrabatt im Steuerharmonisierungsgesetz landesweit legitimiert und in allen Kantonen – allerdings mit unterschiedlichen Rabattsätzen – eingeführt.

### **Neoliberales Relikt der Nullerjahre**

Der Dividendenrabatt ist Teil der neoliberalen Steuerreformen der Nullerjahre, mit denen Kapitalbesitzer:innen

schrittweise entlastet wurden: Abschaffung der Erbschaftssteuer für direkte Nachfahr:innen (2000; 235 Mio), Abschaffung der Handänderungssteuer (2005; 120 Mio), proportionaler Steuersatz und Halbierung der Kapitalsteuer für Firmen (2005; 130 Mio). Die Beträge in Klammern beziffern die Steuerausfälle pro Jahr beim Kanton, wie sie vom Regierungsrat im Zeitpunkt der Einführung geschätzt wurden; heute dürften sie deutlich höher sein. Bei der Einführung des 50%-Rabatts auf Dividenden rechnete die Regierung 2007 mit Ausfällen von 35 Mio Franken beim Kanton. In der Weisung zur AL-Initiative schätzt er den Mehrertrag bei der Erhöhung des steuerbaren Anteils von 50% auf 70% auf 40 Mio Franken. Andersherum gerechnet: Der volle 50%-Rabatt beschert Kanton und Gemeinden je ein jährliches Minus von 100 Mio Franken – dreimal mehr als 2007 angekündigt!

### **Finanzkrise bringt Trendwende in der Steuerpolitik**

Die Finanzkrise von 2008 führte zur Trendwende. Im Februar 2009 wurde zur Überraschung aller die AL-Initiative zur Abschaffung der Pauschalsteuer für ausländische Millionär:innen angenommen. Damit setzte die AL ein steuerpolitisches Fanal. Seither ist Zürich ein hartes Pflaster für bürgerliche Steuervorlagen. 2011 wurde die Abschwächung der Progression bei der Einkommens- und Vermögenssteuer abgelehnt, die Teilabschaffung der Kapitalsteuer für Firmen scheiterte 2012 an einem AL-Referendum, die Reduktion der Steuersätze bei der Grundstückgewinnsteuer wurde 2013 abgeschmettert, 2017 erlitt die Unterneh-

menssteuerreform III auch in Zürich grandios Schiffbruch. Gescheitert sind wir dagegen mit den AL-Referenden gegen die Immo-Haie, die Reduktion der Grundbuchgebühren (2016) und die Verlustanrechnung für Firmen bei der Grundstückgewinnsteuer (2018), und bei der Steuervorlage 17.

### **Offensivfähigkeit zurückgewinnen**

Die Initiative ist äusserst moderat abgefasst. Sie verlangt nicht die vollständige Abschaffung des Steuerabatts auf Dividenden, sondern bloss eine Erhöhung des steuerbaren Anteils von 50 auf 70 Prozent, wie das seit 2020 auch für die direkte Bundessteuer gilt.

Dahinter steckt eine strategische Überlegung. Die AL-Initiative richtet sich gegen die dominierende Tendenz, die Steuerlast immer stärker auf Konsum, Löhne und Renten zu verlagern und Kapitalbesitz und Kapitaleinkommen sukzessive zu entlasten. Abwehrkämpfe wie gegen die Teilabschaffung der Verrechnungssteuer sind nötig, reichen aber nicht. Auch plakative Kampagnen für mehr Steuergerechtigkeit wie die 99-Prozent-Initiative genügen nicht. Wir brauchen auch Projekte, die versuchen, in kleinen Schritten Steuerprivilegien aufzuheben oder zu reduzieren. Um damit in der Steuerpolitik wieder Offensivfähigkeit zurückzugewinnen. Wie wir es 2009 mit der Pauschalsteuer-Initiative erfolgreich gemacht haben. Die Lobby der Kapitalbesitzer:innen peilt ihre Ziele schrittweise an, um den Widerstand zu minimieren. Davon können wir lernen.

**Niklaus Scherr, AL-Info Redaktion**

## Parolen

### Abstimmungen vom 25. September 2022:

#### BUND

Die Parolen sind auf [al-zh.ch](http://al-zh.ch) zu finden.

#### KANTON

Gegenvorschlag zur Kreislauf-Initiative **JA**

Keine Steuergeschenke für Grossaktionär:innen **JA**

#### Stadt Zürich

Noigass-Initiative **JA**

Grundeinkommen-Initiative **JA**

Tagesschule Gemeindeordnung **JA**

Tagesschule Stadtrat **NEIN**

Tagesschule Gemeinderat **JA**

Stichfrage **VTS Gemeinderat**

Objektkredit Schulhaus Isenring **auf [al-zh.ch](http://al-zh.ch) zu finden**

## Termine

**Dienstag, 27. September:** AL-Vollversammlung, Gemeinschaftsraum Hellmi-Siedlung, 19.00 Uhr

Alle aktuellen AL-Termine sind jeweils online abrufbar auf unserer Homepage unter: [www.al-zh.ch](http://www.al-zh.ch)

## Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstr. 21, 8004 Zürich, [www.al-zh.ch](http://www.al-zh.ch)

**Sekretariat** Dafina Gash, Zoe Lehmann, Molkenstr. 21, 8004 Zürich [sekretariat@al-zh.ch](mailto:sekretariat@al-zh.ch)

Tel. 044 242 19 45 / 076 577 45 19

**Erscheint** 4 bis 6 mal jährlich

**Auflage/Druck** 2000 Ex.,

Oesch Reliefdruck AG

**Layout** Dafina Gash, Zoe Lehmann,

**Redaktion** Dafina Gash, Zoe Lehmann, Andrea Leitner, Rosa Maino, Niklaus Scherr, Christina Schiller

AL-Info ist das offizielle Publikationsorgan der Alternativen Liste. Der Abonnementspreis von CHF 10.- ist im Mitgliederbeitrag enthalten.

## Danke Regula!

Vor rund einem Jahr hast du dich nach einer intensiven persönlichen Auseinandersetzung entschlossen, in die Fussstapfen von Andrea Leitner zu treten und für die AL im Zürcher Gemeinderat einzusitzen. Deine berufliche Lebenssituation hat in dem Moment grad gepasst und du warst bereit, diese Herausforderung anzunehmen, dich in unbekanntes politisches Gewässer zu begeben. Für Andrea war es sicherlich eine Erleichterung, in dir eine engagierte, besonnene und zähe Nachfolgerin gefunden zu haben!

Die Arbeit in der Sachkommission des Hochbaudepartements hat dir von Anfang an gefallen. Du hast dich in Städtebau und -entwicklung gekniet und findest heute, das Thema habe durchaus Suchtpotential. Vielleicht wirst du dich, ausserhalb des Parlaments, weiterhin mit Fragen der Stadtentwicklung auseinandersetzen,

mehr wieder auf der aktivistischen Seite, wo du dich zu Hause fühlst.

Erst mal wirst du sicher die neu gewonnene Freiheit geniessen. Die parlamentarische Arbeit verlangt viel von uns ab: Zeit, Durchhaltewillen, Frustrationstoleranz. Die Woche ist eng getaktet und wir sitzen oft bis in die Nacht hinein vor dem Computer oder dem Schreibheft. Bald wird sich deine Mitbewohnerin nicht mehr wundern, warum du vor der Kiste festgewachsen scheinst. Du wirst deine Freundschaften pflegen, dich auf deinen neuen Job konzentrieren können und gemeinnützig tätig sein. Dabei, Regula, wünsche ich dir viele Momente der Musse, der Freude und der neuen Begeisterung für die Themen unserer Zeit!

Vielen Dank für deinen Einsatz!  
**Tanja Maag, Co-Fraktionspräsidentin**

## Wo sind die Frauen\*?

### Mit dem Rücktritt von Regula Fischer bleibt der AL-Fraktion im Gemeinderat noch eine Frau. Was ist passiert?

Es lohnt sich, die Geschlechtervertretung der letzten Jahre anzuschauen: 2018 zog die AL mit 5 Frauen und 5 Männern in den Rat. 2019 rückte mit Olivia Romanelli eine sechste Frau nach. Das Verhältnis stand 6:4 für die Frauen. In der Legislatur 2018-2022 traten gleich vier Frauen zurück: Rosa Maino, Ezgi Akyol, Christina Schiller und Andrea Leitner, nach 5, 6, 7 respektive 8 Jahren im Rat. Die Gründe waren vielfältig: Studium, Schwangerschaft oder Berufsunvereinbarkeit.

Die Findungskommission hatte sich bei der Listenzusammenstellung für das «Zebra» entschieden. Frauen und Männer wurden abwechselnd aufgeführt. Ergo wurden die Frauen nach ihrem Rücktritt mehrheitlich durch Männer ersetzt.

Aufgrund der Erfahrung aus der letzten Legislatur hatte die Fiko die Listen für 2022-2026 dementsprechend angepasst. Sitzverluste und der unberechenbare Pukelsheim drückten den Frauenanteil jedoch weiter.

Es gibt eindeutige strukturelle Gründe, warum es den Parteien allgemein Mühe bereitet, Frauen zu finden, die auf oberen Listenplätzen kandidieren und länger im Rat bleiben wollen: Das «Feierabendparlament», die abendlichen Kommissionssitzungen und Vorbereitungszeit sind mit Familienarbeit, beruflichen Verpflichtungen und einem intakten

Sozialleben kaum kombinierbar. Noch schwieriger ist es für Frauen, die ihre Kinder alleine grossziehen und dadurch noch weniger Zeit haben. Oft sind auch finanzielle Einbussen damit verbunden. Erwerbsarbeit wird durch die Sitzungsgelder nicht kompensiert.

Erschwerend kommt auch hinzu, dass viele Frauen sich das Amt nur dann zutrauen, wenn sie sich sicher sind, es zu 100 Prozent bestreiten zu können. Männer sagen viel schneller zu – Sozialisation lässt grüssen!

Werfen wir nun noch einen Blick auf das Zürcher Kantonsparlament. Dort finden die Sitzungen tagsüber statt. Die Kinderbetreuung lässt sich dadurch besser organisieren. Seit Mai 2021 sind die Sitzungsgelder markant höher. Dem Lohnunterschied zwischen Mann und Frau, der nach wie vor 20% beträgt, wird damit Rechnung getragen. In der Kantonsratsfraktion der AL politisieren aktuell vier Frauen und zwei Männer. Das muss die Zukunft sein.

**Isabel Maiorano, Vorstands- und Fikomitglied**

\*Mit «Frauen» sind hier weiblich gelesene Menschen gemeint.

# Neuer Gemeinderat im Kreis 10

**Du rutschst im September für Regula Fischer in den Gemeinderat nach. Du bist noch nicht lange in der AL, was müssen wir über dich wissen?**

Ich studiere Geschichte an der Uni Zürich und bin dort politisch sehr aktiv in der kriPo (Kritische Politik). Zur AL kam ich über Bekannte vor etwa einem Jahr.

## Wieso die AL?

Einerseits braucht es im Parlament eine radikale Linke. Und die SP und die Grünen sind das ganz klar nicht. Die Oppositionsfunktion, die die AL wahrnimmt, ist megawichtig. Sie nimmt damit eine Rolle ein, die es sonst nicht gibt. Die etablierte Linke hat in den letzten 30 Jahren nicht wirklich was zustande gebracht.

**Du bist 24. Warum willst du in einem so reformistischen Laden wie dem Parlament mitmachen? Was könntest du von da aus verändern?**

Ich finde es wichtig, dass auch in einem Parlament radikale linke Meinungen geäußert werden, damit kann man den öffentlichen Diskurs nach links pushen. Das ist meine vielleicht etwas akademische Sicht im Rosa-Luxemburgischen Sinne. Den Parlamentarismus zu nutzen, um die öffentlichen Strukturen zu übernehmen. Mit Sicherheit lässt sich für uns Linke auf kommunaler Ebene mehr erreichen als auf der nationalen. Nicht nur, weil wir in der Stadt eher linke Mehrheiten erreichen. Vieles, was aktive Menschen bewegt, spielt sich auf Gemeindeebene ab. Hier vor allem in der Wohnpolitik, aber auch in der Schul- oder der Verkehrspolitik. Ich kann mir nicht vorstellen, auf höherer Ebene parlamentarisch aktiv zu sein. Obwohl ich im Moment Hochschulpolitik mache, die auf übergeordneter Ebene stattfindet.

**Spielte bei deinem Entscheid eine Rolle, dass die Linke im Gemeinderat eine Mehrheit hat?**

Hat sie das denn? Ich würde das in Frage stellen. Es ist sicher einfacher, im Gemeinderat eine Mehrheit zu finden als im Kantonsrat. Aber ich weiss nicht, inwiefern man die Sozialdemokratie im Allgemeinen und speziell die SP als linke Partei bezeichnen kann. Aber ja, es gibt die nominelle Mehrheit von SP, Grünen und AL. Die AL kann als Oppositionspartei die etablierten linken Parteien nach links zwingen. Das sollte ihre Rolle sein.



Neuer Gemeinderat: Moritz Bögli

**Trotzdem hast du die Befürchtung geäußert, im Parlament zu kompromissbereit zu werden. Wie meinst du das?**

Es ist zwar richtig, dass es die SP in Zürich braucht, um etwas durchzubringen. Aber jeden Kompromiss muss man dafür nicht eingehen. Wenn eine Vorlage nichts oder nur wenig bringt, muss die AL den Mut haben, sie abzulehnen. Entweder ist dann die SP bereit, gemeinsam etwas Besseres durchzubringen, oder dann scheitert auch mal was. Oder sie koaliert mit den Bürgerlichen. Ich bin nicht da, um der SP zur Mehrheit zu verhelfen, ich bin da, um radikale Politik zu machen. Die mache ich natürlich gern gemeinsam mit der SP. Es gibt in Zürich viele Bewegungen, die dem Parlament kritisch gegenüberstehen. Ich möchte diesen aktivistischen Bewegungen eine Stimme im Parlament bieten, ohne mir anmassen zu wollen, deren Sprecher zu sein.

**Was sind denn die Themen, die dir am Herzen liegen?**

Da habe ich jetzt eine klassische AL-Antwort: Ganz klar die Wohnpolitik. Sie ist der Grund, weshalb ich in der AL bin. Die AL fokussiert auf Themen, die die Menschen in der Stadt betreffen, und politisiert, um den Menschen real zu helfen. Das sehe ich bei den anderen Parteien nicht oder weniger. Bezahlbarer Wohnraum ist ein Menschenrecht und sollte nicht einfach nur eine Ware sein.

Dann natürlich die Bildungspolitik. Es ist enorm wichtig, dass wir Linke uns hier engagieren. Einerseits wegen der Chancengleichheit, aber auch, um die vorhandenen gesellschaftlichen Strukturen, die vom Schulsystem reproduziert werden und die Menschen prägen, aufzubrechen. Unser Ziel ist ja eine gerechtere Welt.

**Interview: Christina Schiller,  
AL-Info Redaktion**

# AL-Buchtipps



**Zoe Lehmann empfiehlt: Bernardine Evaristo, Mädchen, Frau, etc., 2021, Tropen Verlag. ISBN: 978-3-608-50484-2.** In ihrem achten Roman verwebt

Evaristo die Biografien von zwölf britischen Frauen, deren gemeinsame Fluchtpunkte sowohl die Uraufführung eines Theaterstücks einer Schwarzen, lesbischen Regisseurin als auch «das Anderssein» sind. Anders heisst in erster Linie Schwarz, weiblich, nicht-binär, politisiert, wütend, alleinerziehend, diskriminiert oder erniedrigt. Indem sie die Perspektive dieser Anderen einnimmt, schafft es Evaristo ein Stück europäische Geschichte aus einem bisher vernachlässigten und verleugneten Blickpunkt zu erzählen. Diesen schweren Themen setzt Evaristo ihren Stil entgegen, den sie selbst als «fusion fiction» bezeichnet. Diese Mischung aus lyrischen und dramatischen Elementen in rhythmisch gegliederte Sätze ist zunächst gewöhnungsbedürftig, kriert dann aber einen Sog und eine Atemlosigkeit, die jene der Handlung spiegelt.



**Andrea Leitner empfiehlt: Lukas Hermsmeier, Uprising Americas neue Linke, 2022, Klett-Cotta. ISBN: 978-3-608-98436-1.**

Der Journalist Lukas

Hermsmeier bringt uns an Orte, wo in den letzten Jahren soziale Bewegungen und linke Organisationen aus dem Bewusstsein heraus entstanden sind, dass echter Wandel nur von unten kommen kann. Den Anfang dieses «Uprisings» einer neuen Linken verortet der Autor in der Enttäuschung über die Regierung Obama mit ihrer «Diskrepanz zwischen progressiver Rhetorik und regressiven Entscheidungen». Tatsächlich ist es diesen linken Strömungen gelungen, dass sich Arbeiter:innen in den USA organisieren, dass der Begriff «Sozialismus» rehabilitiert wurde, dass von der Basis unterstützte Politiker:innen in den Parlamenten einsitzen und dass zwei Drittel der Bevölkerung heute überzeugt sind, dass Armut kein individuelles, sondern ein systemisches Problem ist. Tatsächlich kommt man nicht umhin, sich die Ratschläge der Porträtierten in diesem lesenswerten Buch für die politische Arbeit hinter die Ohren zu schreiben.

# Heimliche Immo-Gigantin SBB

**Vor über 100 Jahren gehörte die SBB zu den Pionieren des gemeinnützigen Wohnungsbaus und bis zu ihrer Ausgliederung im Jahr 1998 unterstützte sie Baugenossenschaften tatkräftig mit Landverkäufen, Baurechten und günstigen Restfinanzierungen. Das war einmal.**

Mit der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft hat das schlagartig geändert. Seit 2000 sind auf SBB-Arealen in der Stadt 1504 Neubauwohnungen entstanden, davon 1191 Wohnungen mit Mieten im obersten Marktpreissegment. Nur bei zwei Arealen und nur unter massivem politischem Druck hat die SBB Hand geboten zu einem Verkauf für den gemeinnützigen Wohnungsbau: bei Letzibach D mit 265 städtischen und beim Zollhaus mit 48 genossenschaftlichen Wohnungen.

313 von 1504: Die gemeinnützigen Wohnungen machen bloss einen Fünftel aller Wohnungen auf städtischen SBB-Arealen aus. Die «Noigass»-Initiative, über die wir am 25. September abstimmen, will dieses Missverhältnis korrigieren. Werden auf dem SBB-Areal Neugasse 100 Prozent gemeinnützige Wohnungen gebaut, steigt der Anteil von Wohnungen in dauerhafter Kostenmiete auf ein Drittel.

## Profitcenter SBB Immobilien

Bei der «Noigass»-Abstimmung geht es nicht bloss um ein lokales Politikum, sondern auch um eine Ausmarchung über die künftige Immobilienstrategie der SBB, der hinter Armasuisse zweitgrössten Grundeigentümerin der Schweiz. In den letzten 20 Jahren ist der Bahnkonzern zu einer heimlichen Immobilien-Gigantin herangewachsen. 2008 wurde der Bereich Immobilien in den Rang einer Division erhoben, gleichwertig neben den Divisionen Personenverkehr, Güterverkehr und Infrastruktur. Neben rund 800 Bahnhöfen mit zum Teil riesigen Shoppingzentren bewirtschaftet SBB Immobilien eine wachsende Zahl von Entwicklungsarealen.

## 12 Prozent Bruttorendite – ein paar Eckdaten

Die Division Immobilien verfügte 2021 über Grundstücke und Gebäude im Buchwert von 5'003 Mio CHF, zusammen mit den Anlagen im Bau (942 Mio CHF) bilanzieren die Immobilienanlagen mit insgesamt 5'945 Mio CHF.

Finanziert wird dieses Portfolio und die laufende Immobilienexpansion mit 5'664 Mio CHF Fremdkapital – zu 95 Pro-

zent also auf Pump. Das Fremdkapital stammt überwiegend vom Bund: 5'480 Mio Franken sind langfristige kommerzielle Darlehen der Eidgenossenschaft, die zu sehr günstigen 0.8% verzinst werden.

In der SBB-Bilanz figurieren die Landwerte der Liegenschaften bis heute zu den historischen Anschaffungskosten, wie sie zum Teil von den privaten Vorgängerbahnen (NOB etc.) übernommen wurden. Bis 2017 wurden sie im Geschäftsbericht noch separat ausgewiesen: Sie betragen für die Division SBB Immobilien – ohne die Gleisareale und Depots der Division Infrastruktur – schlappe 75 Franken pro Quadratmeter, Europaallee & Co inbegriffen!

2021 kassierte SBB Immobilien 608.3 Mio CHF Mieten. Bezogen auf den Anlagewert von 5'003 Mio CHF ergibt das eine sagenhafte Bruttorendite von 12.2%!

## SBB plant 12'000 neue Wohnungen

Festgelegt werden die Rahmenbedingungen jeweils für 4 Jahre in den «Strategischen Zielen des Bundesrats für die SBB AG»: SBB Immobilien – so die Ziele 2019-2022 – «partizipiert durch die gezielte Entwicklung ihres Portfolios und der Bahnareale an deren Wertsteigerung.» Eine Formulierung, die der Chefetage weitgehend freie Hand lässt. Pro Jahr muss SBB Immobilien 150 Mio CHF an die Division Infrastruktur abliefern und – bis 2031 – zur Sanierung der Pensionskasse beitragen.

## Bundesbern fordert Kurswechsel

SBB Immobilien hat ambitionierte Pläne. Bis 2040 sollen auf SBB-Arealen schweizweit 12'000 zusätzliche Wohnungen erstellt werden. Gegenüber 2021 sollen sich die Mieterträge verdoppeln und der Anteil der Wohnungsmieten von 6% auf 25% steigen. 2019 versprach Alexander Muhm, der neue CEO von SBB Immobilien, ein Drittel «preisgünstige» Wohnungen. Neuerdings ist sogar von der Hälfte die Rede – allerdings rechnet die SBB dabei grosszügig die Baurechte der «alten» SBB ein, das erlaubt ihr, weiterhin mehrheitlich Marktwohnungen zu bauen. Was immer die SBB unter «preisgünstig» versteht, mindestens bei den Absichtserklärungen hat der wachsende politische Druck Spuren hinterlassen. Die geplanten 12'000 Wohnungen haben endlich auch Bundesbern auf den Plan gerufen. Mit einer im Dezember 2021 eingereichten parlamentarischen Initiative verlangt SP-Nationalrat Christian Dandrès Kostenmieten und Mietzinskontrollen bei den SBB-Wohnungen. Und GLP-Nationalrat Beat Flach will mit einer Motion Bundesbetriebe verpflichten, «die Berechnungen der Mietzinse inklusive der Renditen der Immobilien pro Mietobjekt periodisch zu veröffentlichen».

Mit einem Ja zur Initiative senden wir ein klares Signal für einen Kurswechsel bei SBB Immobilien nach Bern.

**Niklaus Scherr, AL-Info Redaktion**



Banner der Noigass-Kampagne (Bild: Michael Egloff)

# Tagesschule: 2x JA, 1x NEIN

**Die Schulpflege der Stadt Zürich und der Stadtrat haben dem Gemeinderat eine Tagesschul-Verordnung vorgelegt, die ohne Mitwirkung der Mitarbeitenden erarbeitet wurde, was man ihr anmerkt. Die Verordnung könnte gerade so gut einen Kantinenbetrieb regeln: Praktisch nichts deutet auf die zugrunde liegende pädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen hin.**

Die oberste Maxime ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, zumindest für die Familien, die sich keine Nanny leisten können. Für den Rest der Eltern gilt offenbar: Ihr Kind ist nach einem Mittag in der Tagesschule wahrscheinlich verpflegt und hoffentlich unverletzt.

Die vom Stadtrat beschlossene Tagesschul-Verordnung ist eine Art Blankoscheck für die Schulpflege und Filippo Leutenegger, wird doch darin kaum etwas Substantielles geregelt. Details kann später die Schulpflege in eigener Kompetenz bestimmen. Wie sie dies zu tun gedenkt, hat sie in den aktuellen Tagesschulen mit der Senkung der Zuweisung pro Kind und Mittag auf 25 Franken gezeigt. Mit diesem Betrag ist es nicht möglich, genug gut qualifiziertes Personal einzustellen. In der Regel verfügt die Hälfte der

Angestellten über keine pädagogischen Vorkenntnisse.

Den Elternbeitrag für die gebundenen Mittag in den Tagesschulen will der Stadtrat von 6 auf 9 Franken anheben. Die ungebundenen Mittag in den Tagesschulen wären weiterhin kein Teil der Tagesschule, hier soll der Tarif gemäss Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung gelten. Kinder essen somit miteinander, aber die Mittagsbetreuung inklusive Mittagessen würde für die einen fix 9 Franken, für die anderen zwischen 4.50 und 27 Franken kosten. Der Gemeinderat hat hier eingegriffen. Er sieht in seiner Verordnung für einen Mittag mit anschliessendem Nachmittagsunterricht (gebunden) einen fixen Beitrag von 6 Franken vor; ein Mittag ohne anschliessenden Nachmittagsunterricht (ungebunden) soll zwischen 4.50 und 18 Franken kosten.

## Halbhatzige Vorlage

Aus betrieblichen Gründen ist es in einigen Schulen nicht möglich, alle Kinder innert 80 Minuten zu verpflegen und pünktlich zurück in den Unterricht zu schicken. Der Stadtrat will zwar eine

Verlängerung der Mittagszeit auf 90 Minuten erlauben, allerdings darf das dann nicht mehr kosten. Einmal mehr sind es hier Kinder und Angestellte, die unter der kurzfristigen Sparmentalität leiden müssen.

Es ist absolut unverständlich, warum der Stadtrat an dieser unausgereiften und halbhatzigen Vorlage festhalten will und sie neben der Vorlage des Gemeinderats in die Volksabstimmung schickt. Dass sich die Zürcher Schulpflege beim Stichtagsentscheid für die Verordnung des Gemeinderats ausspricht und ihre eigene Sparprogramm-Verordnung nicht mehr unterstützt, spricht Bände. Am 25. September müssen wir uns zwischen der Verordnung des Stadtrats und der des Gemeinderats entscheiden. Der AL fällt das nicht schwer, unsere Parolen lauten: JA zur Änderung der Gemeindeordnung, NEIN zur Sparverordnung des Stadtrats, JA zur Verordnung des Gemeinderats, Stichfrage: VTS Gemeinderat.

**Sophie Blaser, Präsidentin VPOD  
Sektion Lehrberufe und  
AL Kreis 3**

# Energiewende dank sozialer Härte?

**Die von der AL geforderte Energiezulage für einkommensschwache Haushalte bringt die Stadtzürcher Grünliberalen ins Stolpern.**

Am 1. Juni forderte der Zürcher Gemeinderat den Stadtrat auf, eine Energiezulage an einkommensschwache Haushalte zu prüfen. Die Abstimmung fiel bedenklich knapp aus (62 Ja, 56 Nein). Dafür verantwortlich waren die Grünliberalen. Beat Oberholzer erläuterte die Bauchschmerzen der GLP-Fraktion so: «Wenn wir die Erdgaskosten mit öffentlichen Geldern ausgleichen, wird der Anreiz für die Wohnungseigentümer noch kleiner, ihre Gebäude zu sanieren oder die Heizungen zu erneuern. Wir müssen von den fossilen Energien wegkommen.»

Nach der Debatte habe ich von meiner Hausverwalterin die Mitteilung erhalten, ich solle die Nebenkostenkonti um 40 Prozent erhöhen. Das wären 144 Franken

mehr pro Monat. Ansonsten werde man mir im Herbst 2023 keine Ratenzahlungen erlauben – bei Nichtzahlung drohe eine Zahlungsverzugskündigung.

Frei nach Oberholzer müsste ich jetzt meine Verwalterin bitten, die Planung einer energetischen Sanierung an die Hand zu nehmen. Ich zahle jährlich 1300 Franken für Heizung und Warmwasser. Wenn's schlimm kommt mit den Energiepreisen, werde ich 2023 nochmals so viel nachzahlen – ein Klacks im Vergleich zur Mieterhöhung wegen einer Sanierung oder der höheren Miete nach einer Kündigung. Deshalb schweige ich – wie alle in unserer Siedlung.

Einigen meiner Mitmieter\*innen könnte der Stadtrat mit einer Energiezulage unter die Arme greifen. Das Amt für Zusatzleistungen darf zwar nichts an höhere Nebenkostenabrechnungen zah-

len, die Stadt kann jedoch den Gemeindefinanzzuschuss erhöhen. Dringend wäre die Zulage auch für Haushalte, die Prämienverbilligungen beziehen.

Da die Stadt umfassende Informationen zum Heizsystem der Liegenschaften besitzt, könnte sie die Zulage recht zielgenau ausrichten. Eine geringere Zulage bräuchten Mieter:innen in den immer zahlreicheren Liegenschaften, die mit Fernwärme versorgt werden. Ihre Heiz- und Warmwasserkosten sind ab 1. Januar 2022 nur noch teilweise an die Preise von Gas und Öl gebunden. Dies nicht zuletzt dank dem langjährigen Engagement der AL, die die Vetterliwirtschaft im städtischen ERZ beendet hat.

**Walter Angst, AL-Gemeinderat**

## Fussball-WM in Katar: Ohne uns!



**Fussball ist ein Thema, das uns alle bewegt. Insbesondere alle zwei Jahre, wenn die EM oder WM gespielt wird, schaut die ganze Welt auf**

**ein Land und fiebert mit. Dieses Jahr ist jedoch alles anders. Die Vergabe nach Katar im Jahr 2010 überraschte die Fussballwelt.**

**Fast niemand hatte den kleinen Wüstenstaat auf dem Radar. Und wenn schon, dann nicht aufgrund von Fussballenthusiasmus, sondern viel eher wegen der prekären Menschenrechtslage. Die FIFA betonte jedoch, auf Dialog setzen zu wollen und auf diese Weise die Lage in Katar zu verbessern. Ob dies gelungen ist, bleibe dahingestellt. Gemäss unabhängigen Organisationen starben beim Bau der Stadien zwischen 6'000 und 15'000 Menschen. Und auch wenn der Arbeitsaufenthalt für die Gastarbeitenden in Katar nicht mit dem Tod endet, erinnert er doch stark an Sklaverei. Ein Aspekt, der mir und meinen Mitstreitenden ein grosser Dorn im Auge ist.**

**Als Fussballfan kennt man sich mit Kommerzialisierung aus. Im vollen Bewusstsein, dass unser Projekt «Alternative zur WM 22» nicht mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein sein wird, haben wir beschlossen, einen Verein zu gründen. Wir boykottieren als Fussballfans gemeinsam die Weltmeisterschaft in Katar. Wir stellen gemeinsam ein Alternativprogramm auf die Beine. Dieses findet parallel zu den Spielen der WM statt. Das kann ein gemütlicher Jass-Abend oder ein Ausflug in eine Curlinghalle sein. Wir verbringen die «Matchzeiten» gemeinsam, um wenigstens die soziale Komponente einer WM zu kompensieren. Wir sind offen für alle und wollen die Werte leben, für die auch der Volkssport Fussball einmal stand.**

**Schaust du die Spiele? Wo ist für dich die Grenze überschritten? Gerne darfst auch du bei uns Mitglied werden! Fussballfantum ist nicht nötig, denn jeder ausgeschaltete Fernseher ist für uns ein Erfolg. Alle nötigen Infos sind auf unserer Homepage [www.awm22.ch](http://www.awm22.ch) und auf Instagram unter @alternativewm22 zu finden.**

Florian Burkhalter, Junge AL

## Verpasste Chance zur Rassismusbekämpfung

**Mein Einstieg ab Mai in den parlamentarischen Alltag war sehr abenteuerlich. Von ewig langen Wortmeldungen der immer gleichen Parlamentarier:innen bis zur Erteilung von Rügen, scheinbar nur aufgrund der Erwähnung von Rassismus, das habe ich doch nicht ganz in dem Mass erwartet.**

In der Debatte rund um die parlamentarische Initiative «Zugangsschranken öffnen – Diversität und Teilhabe ermöglichen», mit der eine Änderung des Personalstatuts für städtische Mitarbeitende gefordert wird, überboten sich die Bürgerlichen mit reisserischen Wortmeldungen. Mit der Initiative sollten auch Menschen ohne Schweizer Pass Zugang zu Positionen in der KESB, der Sozialbehörde oder der Stadtpolizei erhalten. Gerade in Bezug auf die Stadtpolizei kam es zu einer hitzigen – und wenig sachlichen – Diskussion über den herrschenden Rassismus. Gemäss einem Beschluss des Kantonsrats wird der Schweizer Pass bereits für die Zulassung zur Polizeiausbildung vorausgesetzt. Hier hebelt der Kanton einen Teil der parlamentarischen Initiative aus und mischt sich in die kommunale Politik ein. Zuvor waren in Winterthur wenigstens Bewerber:innen ohne Schweizer Pass bei der Stadtpolizei zugelassen, solange sie sich bis zur Vereidigung einbürgern liessen. Als die AL im Parlament ihr Bedauern über die verpasste Chance ausdrückte, mit mehr Diversität rassistische Tendenzen bei der Polizei zu reduzieren, gab es von Seiten der SVP, EDU und Mitte kein Halten mehr.

Es wurden Beweise für Rassismus gefordert und von Pauschalansuldigung einer gesamten Berufsgruppe gesprochen. Anzweiflung und Verleugnung von Rassismus und kolonialer Beteiligung hat in der Schweiz System. Die Forderung nach Beweisen und Belegen ist daher einfach nur zynisch.

Seit 1999 sind, soweit wir wissen, fünfzehn Personen of Colour durch die Polizei getötet worden oder in Polizeige-

wahrsam gestorben. Ganz zu schweigen von Menschen, die in Asylzentren verstorben sind. Doch das ist nur die Spitze des Eisbergs. Racial Profiling ist für Menschen of Colour Alltag, reproduziert Demütigungen und fördert Stigmatisierung und Kriminalisierung in der Öffentlichkeit.

Zum wiederholten Mal hat der UNO-Ausschuss gegen rassistische Diskriminierung (CERD) festgestellt, dass die gesetzlichen Bestimmungen gegen rassistische Diskriminierung in der Schweiz unzureichend sind. Das Fehlen einer gesetzlichen Grundlage erschwert den Kampf gegen Rassismus. Opfer haben keinen Schutz in grundlegenden Lebensbereichen wie Wohnen und Arbeiten.

Der CERD erachtet es als besorgniserregend, dass in den Schweizer Kantonen unabhängige Beschwerdestellen und Untersuchungsmechanismen fehlen, um polizeiliches Fehlverhalten und rassistisch motivierte Polizeikontrollen abzuklären. Auch wird gefordert, dass die eidgenössischen und kantonalen Behörden ein ausdrückliches Verbot von Racial Profiling im Gesetz verankern und einen Aktionsplan zur Bekämpfung entwickeln.

Mit diesen Fakten zu strukturellem Rassismus und Polizeigewalt konfrontiert, gab sich die bürgerliche Seite überrascht und besorgt. Wie gross die Bereitschaft für strukturelle Veränderungen des Systems und das Verständnis von Rassismus bei den Menschen ist, die Entscheidungen über unser aller Leben fällen, ist jedoch fraglich. Bei der Diskussion über das Ausländer:innenstimmrecht auf kommunaler Ebene waren sich die Bürgerlichen schnell wieder einig, dass wer mitbestimmen will, sich einbürgern lassen soll.

Klar ist, dass die AL weiterhin unbequem bleibt und sich für eine antirassistische Praxis einsetzt.

**Sarah Casutt, AL-Gemeinderätin Winterthur**



Das Stadtparlament Winterthur (Bild: Stadt Winterthur)

# Innen- und Aussenwirkung



**Dringliche Postulate sind immer ein gutes Mittel, um eine Debatte über kritische Themen zu führen. Manchmal werden sie überwiesen, manchmal nicht. Die Aufmerksamkeit der Presse – und damit der Öffentlichkeit**

**– wird aber geweckt. Wenn es geschickt aufgezogen wird, sogar mehrmals. Die beiden letzten dringlichen Postulate der AL im Kantonsrat mit jeweils unterschiedlichem Ausgang zeigen das exemplarisch auf.**

So brauchte Judith Stofer für ihr dringliches Postulat zur lückenlosen Aufklärung der Herkunft der Bilder der Bührlle-Sammlung einen langen Atem. Viele Gespräche mit anderen Parteien waren nötig, bis das Postulat endlich eingereicht werden konnte. Wie so oft, ging es lange, bis eine definitive Antwort der GLP da war. Danach mussten 60 Unterschriften für die Dringlicherklärung zusammengetragen werden. Das war gar nicht so einfach, weil die linken

Parteien an diesem Tag nicht vollständig im Rat anwesend waren. Schliesslich wurde das Postulat am 13. Juni mit 83 Stimmen an den Regierungsrat überwiesen. Dies ist das erste Mal, dass sich der Kanton mit dieser traurigen Affäre aktiv auseinandersetzen muss!

Mein dringliches Postulat zum MNA-Zentrum Lilienberg schlug einen anderen Weg ein. Da von vorneherein klar war, dass es für eine Überweisung keine Mehrheit geben würde, haben wir einen Antrag auf Dringlichkeit des Postulats gestellt. Dadurch konnten wir eine Dringlichkeitsdebatte führen, die wir mit 93 Stimmen gewonnen haben. Zu gross waren die Fragen aufgrund der Missstände im Lilienberg. So musste Mario Fehr zu seinem Leidwesen schriftlich zum Anliegen des Postulats Stellung nehmen. Auch ohne Überweisung an den Regierungsrat konnten wir das Thema über mehrere Wochen medial besetzen und Druck erzeugen. Mario Fehr weiss jetzt, dass wir genau hinschauen, und das ist gut so.

**Anne-Claude Hensch Frei,  
AL-Kantonsrätin**

# Netto-Null-2040 und das TED



**Die Menschheit hat sich durch die Gesamtheit ihrer Entscheidungen in eine ausweglose Lage manövriert. Es sind für mich weder ein weltpolitisch durchgreifender Plan geschweige denn adäquate Aktivitäten**

**sichtbar, welche die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels auf ein für die Menschheit überlebbares Mass reduzieren würden.**

Angesichts dieser Situation ist das Massnahmenbündel der Stadt Zürich zur Umsetzung ihrer eigenen Klimaziele tatsächlich nur ein Tropfen auf dem heissen Stein der globalen Erwärmung. Dass dies immer wieder auch von der SVP moniert wird, macht es nicht unwahrer.

Die Sachkommission TED/DIB beschäftigt sich mit den Themen, welche die Departemente Tiefbau und Entsorgung sowie industrielle Betriebe verantworten. Naturgemäss fallen in beiden Departementen zahlreiche Themen in der Umsetzung des Netto-Null-Zieles 2040 für die

Stadt Zürich bzw. 2035 für die städtische Verwaltung an. Aktuell sind dies Weisungen (Vorlagen des Stadtrates), welche den Ausbau thermischer Netze und die Elektrifizierung bisher fossil betriebener öffentlicher Mobilität vorantreiben. Im Weiteren steht die Stärkung der Kreislaufwirtschaft durch ein neues Recyclingzentrum auf dem Juch-Areal und die Neuordnung der Förderbeiträge aus dem Anteil Gemeinwirtschaftlicher Leistungen, welche wir mit dem Strompreis mitberappen, an.

Der Ausbau der Fernwärme (und immer mehr auch der Fernkühlung) ist zwischen TED, DIB und Energie 360° aufgeteilt und wird in den nächsten 20 Jahren weit über 1,5 Mia. Franken kosten. Auch nach der Gründung der Fachstelle Wärme bleibt fraglich, wie viel von diesem Geld durch ineffiziente Reibungsverluste zwischen den drei Akteuren – leider nicht als Reibungswärme wiederverwertbar – verloren geht.

**Andreas Kirstein,  
AL-Gemeinderat**

# Unbequem & links

**8. Juni:** Annahme des Beschlussantrags 2022/184 von AL-Gemeinderat Michael Schmid. Künftig sollen protokollarisch erfasste Daten des Gemeinderats (Abstimmungsergebnisse, nach Geschäft und Mitglied, und Wortmeldungen, mit Redezeit) als open data veröffentlicht werden.

**8. Juni:** Dringliche Anfrage 2022/241 von Mischa Schiowow (AL) zur geplanten Umzonung für Grossüberbauung Harsplen und Forderung nach gemeinnützigem Wohnraum.

**13. Juni:** Überweisung des dringlichen Postulats 147/2022 von Kantonsrätin Judith Stofer für eine unabhängige Herkunftsforschung der Werke der Bührlle-Sammlung.

**13. Juni:** Mit Postulat 196/2022 fordert Kantonsrätin Anne-Claude Hensch Frei eine Anpassung der Mindeststandards der Betreuung in MNA-Zentren an die Kinder- und Jugendheimverordnung. Am 11. Juli wird das Postulat mit 113 zu 54 – inkl. der Stimmen von GLP, EVP und Mitte - abgeschmettert.

**15. Juni:** AL-Fraktion gibt zusammen mit grünen Abweichter:innen den Ausschlag für das Nein zum Kauf des Uetlihofs. Sie erachtet weder den Erwerb als strategische Landreserve noch die Nutzung für den Bau gemeinnütziger Wohnungen als realistische Option.

**22. Juni:** Ablehnung des Geschäftsberichts der AOZ, der die Missstände im MNA-Zentrum Lilienberg unerwähnt lässt.

**29. Juni:** Stadtrat beantragt Umsetzung der AL-Motion 2019/287 für einen flächendeckenden, niederschweligen, interkulturellen Übersetzungs- und Dolmetschendienst. Das Pilotprojekt soll die Kommunikation zwischen fremdsprachigen Patient:innen und Gesundheitpersonal verbessern.

**6. Juli:** Gemeinsames Postulat von AL, SP und Grünen GR 2022/317 zum Stopp des Ausbaus von Reklameflächen in der Stadt. 2015 scheiterte die AL noch an der fehlenden Unterstützung durch die SP.

# Finanzen

Damit wir unbequem bleiben können, sind wir dankbar für jede Spende:  
Alternative Liste Zürich,  
PC 87-63 811-5  
IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

## 18. September: Lauf gegen Rassismus

Die Schengen-Aussengrenzen wurden für Menschen aus sogenannten Drittstaaten in den letzten Jahren stets unüberwindbarer, nicht zuletzt wegen der Grenzschutzagentur Frontex, die auch die Schweiz unterstützt. Im Mai stimmte eine Mehrheit der Schweizer:innen dem Ausbau der finanziellen Unterstützung sowie einer Personalaufstockung zu. Konsequenzen dieser Abschottungspolitik sind Tausende von Toten im Mittelmeer und an den Rändern Europas und prekäre Lebensbedingungen in den Lagern an den Aussengrenzen. Diese Lager funktionieren zunehmend wie Sortiermaschinen: Wenige Erwünschte werden, weil sie für Europa finanzielle und wirtschaftliche Vorteile bringen, willkommen geheissen. Die Mehrheit der Geflüchteten wird abgewehrt. Dies ist ein Gesicht des strukturellen Rassismus.

Arbeitsmigration in die Schweiz ist nur für EU-Staatsangehörige oder sogenannte hochqualifizierte Fachkräfte vorgesehen. Alle anderen haben keine Chance auf eine Arbeits- und Aufenthaltsbewilligung und viele werden zu rechtlosen Sans-Papiers. Sie leben in Bunkern - sogenannten Notunterkünften - oder versteckt in kleinen Kellerwohnungen. Sie dürfen sich nicht frei bewegen und können keine Deutschkurse besuchen und einer Arbeit oder Beschäftigung nachgehen. Oder sie werden in Privathaushalten oder in der Gastronomie als Schwarzarbeiter:innen ausgebeutet. Und auf die eine oder andere Art profitieren wir alle von ihrer billigen Arbeitskraft. Auch das ist eine Facette des strukturellen Rassismus.

Diese zynische Migrationspolitik gilt es zu bekämpfen. Menschen, die den Weg trotz aller Widrigkeiten zu uns geschafft haben, müssen wir unterstützen. Die Autonome Schule Zürich, die Sans-Papiers Anlaufstelle Zürich, die Freiplatzaktion und das SAH sind wichtige Orte der Begegnung, der Ermächtigung und der Solidarität. Die Politik mag harsch sein und diese zu verändern ein langer, steiniger Weg, doch auch auf diesem können wir Solidarität und Menschlichkeit leben. Jeden Tag. Auch am 18. September 2022 am Lauf gegen Rassismus: [www.laufgegenrassismus.ch](http://www.laufgegenrassismus.ch).

Verein Lauf gegen Rassismus

# AHV 21: ein Bschiss

**Eins vorneweg: Der AHV geht es nicht so miserabel, wie uns gewisse Prognostiker:innen weismachen wollen. Seit bald zwanzig Jahren werden uns Milliardendefizite vorausgesagt, doch sogar das Corona-Jahr 2021 hat sie mit einem Plus abgeschlossen. Eine Revision ist natürlich angebracht und langfristig unumgänglich, doch die AHV ist solide und im Vergleich zu anderen Vorsorgeeinrichtungen wie Pensionskassen oder 3. Säule auch sozial.**

Die vorgeschlagene Revision AHV 21 jedoch, die am 25. September zur Abstimmung kommt, geht in eine völlig falsche Richtung. Denn anstatt die prognostizierten Defizite – wie hoch sie auch sein werden – gemeinschaftlich als Gesellschaft zu tragen, sollen einmal mehr vor allem die Frauen die Zeche zahlen. Und um das durchzubringen, scheuen sich die Befürworter:innen nicht, zu behaupten, die Revision stelle einen Schritt in Richtung Geschlechtergleichstellung dar. Davon kann keine Rede sein. Frauen erhalten bereits heute rund ein Drittel weniger Rente als Männer. Sie verdienen noch immer weniger und verrichten den Löwenanteil an unbezahlter Care-Arbeit – das Resultat sind Teilzeitpensen, eine nicht vorhandene 2. Säule oder Lücken in ihren Pensionskassen. Und obwohl Frauen viel weniger haben als Männer, sollen sie im nächsten Jahrzehnt fast 70% zur Stabilisierung der AHV beitragen?

Ausserdem ist der Plan, das Rentenalter der Frauen auf 65 und in einem zweiten Schritt das aller arbeitenden Menschen, oder zumindest jener, die sich keine Frühpensionierung leisten können, auf 67 anzuheben, völlig realitätsfremd. Die 60-64-Jährigen sind bereits heute die Altersgruppe mit der höchsten Arbeits-

losigkeit. Die Erhöhung des Rentenalters würde dadurch mehr Personen in die Langzeitarbeitslosigkeit und in die Sozialhilfe treiben. Geholfen wäre damit niemandem.

Das zweite Päckchen der AHV-Revision scheint auch nur auf den ersten Blick fair. Die Bürgerlichen argumentieren, über die Erhöhung der Mehrwertsteuer trügen alle Gesellschaftsmitglieder gleichermaßen über ihren Konsum zur Finanzierung der AHV bei. Doch die Mehrwertsteuer ist eine der asozialsten Steuern überhaupt. Während Menschen mit grossem Portemonnaie eine Erhöhung kaum spüren werden, bedeutet sie für Menschen mit kleinen Einkommen einen schmerzhaften Einschnitt. Dazu käme die Erhöhung in einer Zeit, in der Realeinkommen und Kaufkraft sinken, während Konsumentenpreise und Inflation steigen.

In einem Land, in dem Unternehmen rekordhohe Profite erzielen und für sie eine Steuererleichterung nach der anderen durchgewinkt wird, ist dies blanker Hohn. Es ist nicht wahr, dass die AHV dem Untergang geweiht ist, wenn die aktuelle Revision nicht durchkommt. Es gäbe durchaus andere fairere und sozialverträglichere Möglichkeiten, die AHV zu stabilisieren: Erbschafts- und Transaktionssteuern wären zwei angebrachte Vorschläge, und die kürzlich lancierte SNB-Initiative, die die Gewinne aus den Negativzinsen in die AHV investieren möchte, würde bereits mindestens für die nächsten 10 Jahre ausreichen. Wir haben genügend Zeit, einen anderen Weg einzuschlagen.

**Lisa Letnansky, AL-Vorstandsmitglied**

# AHV-Abbau

# 2x NEIN

**Mehr bezahlen, weniger Rente**